

Sitzungsperiode 2024-2025  
Sitzung des Ausschusses III vom 7. November 2024

---

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 66 von Frau PETERS (VIVANT) an Minister FRANSEN zum Thema Abwerbung von Fachkräften**

Seit Jahren ist der Fachkräftemangel ein zentrales Thema in der Politik. Am 6. August 2024 veröffentlichte der BRF einen Artikel mit dem Titel „Québec sucht in Belgien nach 400 Arbeitskräften“.<sup>1</sup>

Gesucht wurden Fachkräfte in den Bereichen Verwaltung, Finanzen, Versicherungen, Bildung, Bauwesen, Gesundheit, soziale Dienste, IT, Maschinenbau und Logistik – also genau in jenen Bereichen, in denen Belgien selbst einen erheblichen Mangel beklagt. Weiter heißt es: „Im Durchschnitt wagen jedes Jahr zwei- bis dreihundert belgische Arbeitnehmer den Sprung in die riesige Provinz im Osten Kanadas.“

Bis Mitte September hatten Interessierte die Möglichkeit, sich zu informieren und zu bewerben.

Dazu ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie bewertet die DG-Regierung das Abwerben von Fachkräften aus Belgien durch andere Länder?
2. Unternimmt die DG-Regierung ähnliche Initiativen, um in anderen Ländern gezielt Fachkräfte für den ostbelgischen Arbeitsmarkt zu gewinnen?

- **Frage Nr. 67 von Herrn HENN (CSP) an Minister FRANSEN zur Beschäftigung von Personen mit Unterstützungsbedarf**

In Folge des Dekretes vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung und des damit verbundenen Prinzips der Vermittlung aus einer Hand wurde das Referat ‚Beschäftigung‘ der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben im September 2024 an das Arbeitsamt übertragen.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Begleitung im Rahmen der beruflichen Integration von Personen mit Unterstützungsbedarf, die Verwaltung diverser Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Evaluierung der Leistungsfähigkeit von Personen mit Unterstützungsbedarf im Hinblick auf den Zugang in eine Beschäftigung in einer Beschützenden Werkstätte von der Dienststelle wahrgenommen.

Es handelt sich demnach dabei um wichtige Aufgabenfelder, die nunmehr vom Arbeitsamt wahrgenommen werden.

Dazu möchte ich folgende Fragen an den für Beschäftigung zuständigen Minister richten:

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> BRF - Québec sucht in Belgien nach 400 Arbeitskräften - <https://brf.be/national/1884803/>.

1. Welches sind die konkreten personal- und organisationspolitischen Auswirkungen dieser ‚behördeninternen‘ Übertragung an das Arbeitsamt?
2. Ist diese Umstellung reibungslos verlaufen?
3. Welchen konkreten Mehrwert verspricht man sich von dieser Umwandlung?

• **Frage Nr. 68 von Frau PAUELS (CSP) an Minister FRANSEN zur Evaluation des neu geschaffenen deutschsprachigen Fachschulangebots der Klasse G**

Bereits zu Ende der vergangenen Legislaturperiode war der Führerschein der Klasse G, umgangssprachlich auch als „Traktorführerschein“ bekannt, Gegenstand der parlamentarischen Regierungskontrolle in diesem Haus.

Zentrales Problem in dieser Angelegenheit war bislang die Ermangelung eines deutschsprachigen Angebots für die erforderliche praktische Prüfung zur Erlangung dieses Führerscheins. Unter der Vorgängerregierung hat die Deutschsprachige Gemeinschaft zu Jahresbeginn das Landwirtschaftliche Schulungszentrum (LSZ) mittels Programmdekret dazu befähigt, den erforderlichen Fachschulunterricht in deutscher Sprache in der DG anzubieten.

Während der Regierungskontrollsitzung des 18. Januar 2024 informierte Ministerin Klinkenberg uns im Rahmen Ihrer Antwort auf die mündliche Frage Nr. 1575 darüber, dass das LSZ „ab dem Frühjahr 2024 fortlaufend den praktischen Fahrunterricht in deutscher Sprache organisieren“ wird.

Vor diesem Hintergrund möchte ich folgende Fragen an Sie richten:

1. Liegen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischenzeitlich erste Resonanzen zu dem so geschaffenen Führerscheinangebot vor?
2. In welchem Umfang wurde das neu geschaffene Angebot im Verlauf des Jahres 2024 in Anspruch genommen?

• **Frage Nr. 69 von Herrn HENN (CSP) an Minister FRANSEN zur Arbeitsmarktentwicklung in Ostbelgien**

Laut drittem Quartalsbericht des Arbeitsamtes vom Oktober dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitssuchenden weiter angestiegen.

Zwar sank die Zahl der Vollarbeitslosen im September 2024 im Vergleich zum Vormonat um 211 Personen, allerdings stieg die Zahl der Vollarbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um 261 Personen.

Somit stieg die Vollarbeitslosenquote vom September 2023 von 6,3 % auf nunmehr 7 % im September 2024.

Im Vergleich zum Landesinneren stiegen die Arbeitslosenzahlen in der DG gar um 14,3 %, während sie im Landesdurchschnitt nur um 5,3 % stiegen.

In den Erklärungen des Arbeitsamtes wird diese Steigerung vorwiegend auf die Regeländerungen, die im September 2023 stattgefunden haben, zurückgeführt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich folgende Fragen an Sie richten:

1. Welche Regeländerungen genau erklären diesen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen?
2. Lässt sich nachvollziehen, wie die Arbeitslosenzahlen in der DG aussehen würden, wenn die Regeländerungen nicht erfolgt wären?

• **Frage Nr. 70 von Frau PETERS (VIVANT) an Minister FRANSEN zum Thema Work and Travel**

Work and Travel ist ein Programm, das es jungen Menschen ermöglicht, in einem anderen Land zu leben und zu arbeiten, während sie die Kultur und Landschaft kennenlernen. Typischerweise richtet sich dieses Angebot an Personen zwischen 18 und 30 Jahren, die in der Regel ein Visum beantragen müssen, um legal arbeiten zu können. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, die Kultur des Gastlandes hautnah zu erleben. Das tägliche Arbeiten fördert die Sprachfähigkeiten, und durch den Job können die Reisekosten teilweise gedeckt werden.

Die Herausforderung, sich in einem neuen Umfeld zurechtzufinden, stärkt sowohl die Selbstständigkeit als auch die Anpassungsfähigkeit. Saisonale Arbeiten in der Gastronomie, im Tourismus oder auch Jobs im Bildungsbereich, beispielsweise als Sprachlehrer, werden in Ländern wie Australien, Kanada oder Japan gerne genutzt. Work and Travel bietet eine spannende Möglichkeit, die Welt zu erkunden, während man praktische Erfahrungen sammelt und internationale Freundschaften knüpft.

Nach meinen Recherchen gibt es einige Angebote, um belgische Jugendliche dabei zu unterstützen, an solchen Programmen im Ausland teilzunehmen.

Meine Fragen dazu:

1. Bietet Ostbelgien solche Programme auch für ausländische Jugendliche an, die dieses Programm hier bei uns absolvieren möchten?
2. Wo und wie können ausländische Jugendliche Angebote in Ostbelgien finden?
3. Falls dies bisher nicht der Fall ist, spricht etwas dagegen, ein solches Angebot in Ostbelgien zugänglich zu machen?

• **Frage Nr. 71 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister FRANSEN zu verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen an den Schulen der DG**

Kenntnisse in Erster-Hilfe können im Ernstfall Leben retten. Insofern befürwortet Vivant die Idee, Erste-Hilfe-Kurse an Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) verpflichtend einzuführen. Zurzeit führen einige Schulen, wie die Bischöfliche Schule Sankt Vith, Erste-Hilfe-Kurse bereits verpflichtend durch, während an anderen Schulen die Organisation und Finanzierung u.a. durch die Elternräten erfolgt. Die Unterstützung solcher Maßnahmen ist jedoch begrenzt, und eine flächendeckende Verpflichtung fehlt. In unseren Augen sollten alle Schüler ab der 5. oder 6. Primarstufe grundlegende Erste-Hilfe-Kenntnisse verpflichtend erwerben und diese im Sekundarbereich auffrischen. Anbieter wie Kaleido, das Rote Kreuz, EHAO und weitere bieten bereits Erste-Hilfe-Kurse auch für Kinder an, die als Grundlage für eine verpflichtende Einführung dienen könnten.<sup>2345</sup> Um keine wertvolle Unterrichtszeit zu verlieren, könnten zur Durchführung dieser Kurse beispielsweise einige der zahlreichen Konferenztage und/oder aber die Zeit zwischen Prüfungs- und Schuljahresende genutzt werden.

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

1. Wie stehen Sie zur Idee einer flächendeckenden Einführung und Finanzierung von verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen an alle Schulen der DG?
2. Welche Maßnahmen wären erforderlich, um sicherzustellen, dass auch kleinere Schulen ihre Schüler in Erster Hilfe schulen können, ohne von der Finanzierung durch Elternräte abhängig zu sein?
3. Welche Schritte halten Sie für notwendig, um verbindliche Erste-Hilfe-Kurse in den Primarschulen und eine regelmäßige Auffrischung der Kenntnisse in der Sekundarstufe zu implementieren und zu standardisieren?

<sup>2</sup> **Kaleido** - <https://www.kaleido-ostbelgien.be/angebote/kurse/detail/erste-hilfe-kurs-fuer-kinder-3-minuten-fuer-ein-leben>.

<sup>3</sup> **Rotes Kreuz** - <https://www.rotekreuz.be/kurs-terme/>.

<sup>4</sup> **Jugendinfo** - <https://www.jugendinfo.be/leben-a-z/gesundheit/keine-angst-vorm-helfen/>.

<sup>5</sup> **EHAO** - <https://www.ehao-eupen.com/>.

• **Frage Nr. 72 von Herrn MERTES (VIVANT) an Minister FRANSEN zum Erwerb der Lehrbefähigung CAP/CAP+ an der AHS**

Zum Erlangen der Lehrbefähigung bietet die Autonome Hochschule Ostbelgiens (AHS) Quereinsteigern zwei pädagogische Ausbildungsprogramme an. Zum einen den pädagogischen Befähigungsnachweis (CAP) für Lehrer, die vor allem technische und berufliche Fächer unterrichten und die Lehrbefähigung Pädagogik (CAP+) für Lehrer, die vor allem allgemeinbildende Unterrichte erteilen. Immer wieder ist jedoch von Seiten des Managements verschiedener Schulen zu hören, dass die Qualität dieser Ausbildungen zu wünschen übriglässt. Es solle erhebliche qualitative Unterschiede zu den entsprechenden Ausbildungen in der Französischen Gemeinschaft (FG) geben. Zwar sei schon im Rahmen von "Gutes Personal für Gute Schulen" (GPGS) über eine Reform diskutiert worden, doch konkrete Verbesserungen wären bis heute nicht erkennbar. Eher das Gegenteil sei der Fall: Die Ausbildung würde immer theoretischer, das nötige und so wertvolle pädagogische Rüstzeug für Lehrer würde nicht vermittelt. Fragen, wie gehe ich mit unruhigen und schwierigen Schülern oder ganz allgemein mit der Heterogenität in den Klassen um, würden nicht beantwortet. Während in der FG eine kurze, fokussierte Praktikumsreflexion von ca. 2 Seiten genüge, seien Studierende der DG oft gezwungen, detaillierte Berichte von gefühlten 20 Seiten anzufertigen, wodurch dem Hospitierendem die Möglichkeit, dem Unterricht des Mentors beobachten zu können, genommen würde. So zumindest eine Aussage aus der hiesigen Schullandschaft.

Dazu lauten meine Fragen an Sie wie folgt:

1. Wie bewerten Sie die Qualität der Lehrbefähigung CAP und CAP+ im Vergleich zur Ausbildung in der Französischen Gemeinschaft?
2. Sehen Sie einen Reformbedarf, um die Ausbildung den konkreten Bedürfnissen der Lehrenden anzupassen?
3. Wenn ja, wie gedenken Sie in dieser Angelegenheit vorzugehen?

• **Frage Nr. 73 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zu den Schülerlaptops in den Sekundarschulen**

In den letzten 4 Jahren wurden alle Sekundarschüler mit einem Schülerlaptop ausgestattet. Insgesamt wurden in etwa 4600 Geräte verteilt. Im Paket sind der Service, Versicherung, Garantie und die Wartung einbegriffen.

Nach drei Jahren sollen die Schüler neue Geräte erhalten. Immer wieder erfährt man, dass Schüler ihre Laptops nicht mehr finden, oder zahlreiche Geräte schon sehr früh beschädigt wurden.

Des Weiteren konnte der zuständige Ausschuss vor kurzem in Erfahrung bringen, dass die Geräte noch wenig zum Einsatz kommen. Im Zuge der Sparmaßnahmen, welche auch das Unterrichtswesen enorm betreffen, wäre es sinnvoll, die Geräte erst nach 5 bis 6 Jahren auszutauschen.

Hierzu meine Fragen an Sie Herr Minister:

1. Wieviel Geräte wurden bisher aufgrund von Beschädigung und Verlust bereits ersetzt?
2. Wäre es für Sie denkbar die Geräte erst nach 5-6 Jahren auszutauschen und somit einen Beitrag zu den Sparmaßnahmen zu leisten?

• **Frage Nr. 74 von Frau ELSER (ProDG) an Minister FRANSEN bezüglich der Laptops für Lehrer und Schüler**

Die Ausstattung der Schüler mit Laptops ist nun bereits seit einem Jahr flächendeckend vollzogen. Ziel dieser Maßnahme ist es, jedem Schüler die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu bieten und somit für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Ebenfalls soll die Digitalisierung im Unterricht vorangetrieben werden.

Die Schulleitungen und ihre Middle Manager erhielten die Aufgabe die Nutzung der Geräte in das pädagogische Konzept ihrer Schule und somit in den Unterricht zu integrieren. Bei der Erarbeitung und Implementierung eines pädagogischen Konzepts erhalten die Schulen Unterstützung von der Fachberatung Medien an der Autonomen Hochschule Ostbelgien und alle Lehrer können von den dort angebotenen Weiterbildungen profitieren.

Die Schüler und Lehrer wurden alle mit vorbestimmten Geräten ausgestattet und stoßen mit diesen Laptops in manchen Abteilungen deutlich an ihre Grenzen. Zum Beispiel in den technischen Abteilungen der Sekundarschulen oder verschiedenen Lehrlingsabteilungen, wo häufig mit speziellen Zeichenprogrammen gearbeitet wird und wo hochauflösende Grafikkarten und auch ein größerer Bildschirm benötigt wird. Diese Abteilungen haben einen starken Bedarf sich in die digitale Welt einzuarbeiten.

Andere Schüler tragen täglich ihren Laptop mit zur Schule, um ihn dann häufig gar nicht zu nutzen. Dies hat dann zur Folge, dass er vergessen wird oder es zu ungeladenen Geräten kommt, wenn sie dann mal endlich zum Einsatz kommen. Der Einsatz der Endgeräte ist somit absolut Schul-, Lehrer- und Abteilungsabhängig.

Diesbezüglich möchte ich Sie folgendes fragen:

1. Wurde bereits eine Evaluation durchgeführt zum Einsatz der Laptops in den Schulen in den verschiedenen Bereichen?
2. Gibt es Rückmeldungen von Schulen, dass sie mit den ausgewählten Laptops ihren Bedarf nicht decken und es somit eventuell sinnvoll wäre, in gewissen Abteilungen besondere Laptops anzuschaffen?
3. Ist das Weiterbildungsangebot zielgerichtet genug, um Lehrer punktuell an die Digitalisierung und ihren Einsatz im Unterricht heranzuführen?

• **Frage Nr. 75 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zu den zu hohen Arbeitsmarkthürden für Migranten in Ostbelgien**

Die Arbeitsmarkthürden für Migranten sind in Ostbelgien zu hoch. Zu diesem Schluss kommt eine Broschüre von Info Integration.

Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Denn Arbeit ermöglicht es, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Arbeit gibt unserem Leben einen Sinn. Gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Wertschätzung sind aber dafür wichtig.

All dem vorausgesetzt sollte jeder Mensch im erwerbsfähigen Alter arbeiten können und nicht von Sozialhilfe leben müssen.

Wenn die Arbeitsbedingungen stimmen, dann steht die SP hinter einer Politik des Förderns und Forderns für Erwerbsfähige.

Was heißt es aber "erwerbsfähig" zu sein? Unserer Meinung nach gehört mehr dazu, als das richtige Alter und der Gesundheitszustand.

Wir sind der Meinung, dass die Menschen dazu befähigt werden müssen, arbeiten zu können.

Hier setzen die Erfahrungsberichte der Betroffenen aus der Broschüre an. Denn darin wird von Sprachbarrieren gesprochen. Es wird von Problemen bei der Diplomanerkennung gesprochen und von vielen anderen Dingen.

Bei der heutigen Befragung möchte ich mich auf die mangelnden Sprachfähigkeiten und die Diplomanerkennungen konzentrieren, die einer Beschäftigung im Wege stehen. Ich möchte nicht hören, was alles der Föderalstaat versäumt, sondern darüber, was die DG konkret ändern kann, weil sie zuständig ist.

Während man in der vorletzten Legislaturperiode mit den verpflichtenden Integrationsparcours ein Vorzeigeprojekt aufgebaut hat, dümpelte die Regierung in den letzten fünf Jahren beim "Integrationsparcours plus" vor sich hin.

Im Regionalen Entwicklungskonzept hat man unter Federführung der Bildungsministerin viele Arbeitsgruppen eingesetzt und viel Papier produziert. Aber bis heute gibt es kein einziges umgesetztes Projekt mit klaren Lösungen. Deshalb meine Fragen an Sie als neuen Bildungs- und Beschäftigungsminister:

1. Welche Initiativen sind kurzfristig zu erwarten, um Sprachkurse im Niveau B1-B2 anzubieten?
2. Wird es endlich strukturelle "berufsbegleitende" Sprachkurse geben, die parallel zu den Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen laufen?
3. Wie sieht der Bürokratieabbau in der Diplomanerkennung aus, um endlich mehr Menschen in Zeiten von Fachkräftemangel in Beschäftigung zu bringen?

• **Frage Nr. 76 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zu den Einsparungen im Unterrichtswesen der DG**

Ministerpräsident Paasch hat am Montag in der Regierungskontrolle von Ausschuss 1 erklärt, die DG-Regierung beabsichtige, in den laufenden Ausgaben Einsparungen in Höhe von 15 Millionen Euro pro Jahr vorzunehmen. Der Presse ist zu entnehmen, dass diese Einsparungen zu einem Drittel von den Arbeitnehmer.innen des öffentlichen Dienstes und des Unterrichtswesens getragen werden.

Daher habe ich folgende Fragen, Herr Minister:

1. Auf welche Einsparungen müssen sich die Personalmitglieder des Unterrichtswesens einstellen?
2. Wie sind die Verhandlungen verlaufen, die zu diesem Ergebnis geführt haben?

• **Frage Nr. 77 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zum Mangel an Fahrlehrern**

In einem *GrenzEcho* Artikel vom 24/10/24 beklagt ein Fahrlehrer, dass es an Nachwuchs bei den Fahrlehrern der DG mangelt. Die Gründe hierfür seien verschieden: „zum einen gestalte sich die Ausbildung zum Fahrlehrer als komplex und zeitintensiv. Die Prüfungen sind schwer, und es handelt sich um eine langwierige Prozedur“, so der Fahrlehrer. Insgesamt müssen Anwärter 600 Stunden Theorie absolvieren. Danach folgten anspruchsvolle schriftliche Prüfungen. Am Ende schafften es nur 3 bis 4 Prozent der Prüflinge. Ein weiteres Hindernis stelle das Fehlen von Ausbildungsstätten in deutscher Sprache dar. „Es gibt keine Schule, die dieses Angebot in deutscher Sprache anbiete“, so der Fahrlehrer. Des Weiteren warnt er vor den Folgen des Nachwuchsmangels: Wenn die jetzigen Fahrlehrer in Rente gehen oder ausfallen, gibt es niemanden mehr, der den Nachwuchs ausbilden kann. Man müsse spätestens jetzt anfangen, etwas zu unternehmen. Weiter beklagt der Fahrlehrer: „Bisher kümmert sich keiner großartig darum. Die Deutschsprachige Gemeinschaft macht sich gar keine Gedanken.“

Hierzu nun meine Fragen an Sie Herr Minister:

1. Werden Sie, werter Herr Minister, Maßnahmen ergreifen, um dem Mangel an Fahrlehrern entgegenzuwirken?
2. Könnten Sie sich vorstellen einen finanziellen Anreiz wie bei anderen Mangelberufen vorzusehen?